

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Fernsprecher Nr. 27



Telegr.-Adr.: Zeitung

Erscheint wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1.— RM. frei ins Haus, einschließlich der Beilagen „Land- und Hauswirtschaft“, „Frauenwelt“, „Frühliche Welt“, „Rund um den Erdball“, „Unterhaltungsbefüge“. Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.

Anzeigen werden die sechspolte 3 mm hohe (Petit) Zeile oder deren Raum mit 15 Pf. berechnet; auswärts 20 Pf. Bei Wiederholung entsprechender Rabat. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pf. Verbindlichkeit für Platz, Datenvorschrift und Belegungsgeld. Annahmehöhe für Plakate und Anzeigen beträgt 15 Pf. Zeitungsbeilagen werden billigst berechnet. Zahlungen an Postkontos Frankfurt am Main Nr. 20771.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg

Nr. 76

Donnerstag den 26. Juni 1930.

23. Jahrgang.

Abstimmung über das Amnestiegesetz.

Keine Zweidrittelmehrheit.

Der Reichstag hat den Etat des Reichsministeriums, des Reichswirtschaftsministeriums und des vorläufigen Reichswirtschaftsrates mit einer Anzahl dazu einzelner Änderungen angenommen. Die danach in der Sitzung folgende Abstimmung über den vom Reichswirtschaftsminister vorgelegten Amnestiegesetzentwurf ergab für die Vorlage 231, dagegen 182 Stimmen. Die Mehrheit reicht für ein verfassungswandelndes Gesetz nicht aus.

Die Regierungsbildung in Sachsen.

Einladung zu einer Beisprechung.

Die deutschnationale und die Landvolksfraktion des neuen Landtages haben an alle Fraktionen mit Ausnahme der Sozialdemokraten und der Kommunisten ein Schreiben gerichtet, in dem sie erklären, bei der letzten Landtagswahl habe das sächsische Volk den Willen nach einer nichtmarxistischen Regierung klar bekundet. Die Fraktionen werden für nächsten Sonntag zu einer Beisprechung über die Regierungsbildung eingeladen.

2 647 000 Arbeitslose.

900 000 Unterstützungsempfänger mehr als im Vorjahr. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung für die Zeit vom 1. bis 15. Juni hat sich der Umfang der Belastung des Arbeitsmarktes und der Arbeitslosenversicherung noch weiter abgeschwächt. Die Zahl der Unterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist nur noch um rund 45 000 geringer geworden. Dem steht nicht nur ein weiterer Anstieg der Arbeitslosen um rund 13 000 gegenüber, sondern auch die Zahl der verfügbaren Arbeitsstellen hat zum ersten Male wieder seit Anfang März eine Erhöhung um etwa 12 000 erfahren. Die Zahl der Unterstützungsempfänger betrug nach den vorläufigen Meldungen der Arbeitsämter am 15. Juni in der Arbeitslosenversicherung 1 505 804, in der Arbeitslosenversicherung 831 984. Die Summe beider Zahlen liegt mit annähernd 1 858 000 um mehr als 900 000 über dem Vorjahr; die Überlagerung der Unterstützungsziffer ist mithin gegenüber dem Stand vom 1. Juni noch angewachsen.

Unter den rund 2 700 000 verfügbaren Arbeitslosen, die am 15. Juni bei den Arbeitsämtern eingetragen waren, befindet sich zweifellos ein gewisser Bestandteil von nicht voll leistungsfähigen Arbeitskräften; dennoch bleibt die Tatsache, daß diese Zahl seit Ende Mai zugenommen hat, bezeichnend für die allgemeine Verschärfung des Arbeitsmarktes. Nach Abzug der noch in geringfügiger oder ungenügender Stellung oder in Notstandsarbeit Beschäftigten müssen von der genannten Zahl 2 647 000 als arbeitslos gelten. Soweit die Entwicklung des Arbeitsmarktes Schluß erlaubt, ist in dem Zustande schwerer Depression, in dem sich die Wirtschaft befindet, noch keine Besserung eingetreten.

Die Lohn- und Preissteigerungsfaktoren.

Abbruch der direkten Verhandlungen.

Wie uns aus Berlin gemeldet wird, ist man sich darüber klar, daß der Beschluß der Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, die zur Erörterung stehenden Fragen im vorläufigen Reichswirtschaftsrat weiter zu verhandeln, tatsächlich den Abbruch der direkten Verhandlungen bedeutet. Die Vertreter der Gewerkschaften haben in den Besprechungen am Dienstag eine längere Erklärung abgegeben. Darin heißt es, daß die Verhandlungen vielleicht hätten Erfolg haben können, wenn nicht gewisse Ereignisse eingetreten wären. Als diese Ereignisse sind angeführt, die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches von Deunbau, die Anträge der Deutschen Volkspartei im Reichstag, das Schreiben des Vorsitzenden des Ausschusses der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, in dem um Rat und Tarifverbesserungen zu verhandeln. Die Vertreter der Gewerkschaften hielten es daher nicht für zweckmäßig, die Verhandlungen fortzusetzen, weil die wirtschaftlichen Voraussetzungen, eine gemeinsame Aktion zum Wohle der deutschen Wirtschaft durchzuführen, nicht mehr anzusehen seien.

Die Rheinlandräumung.

Die Räumungsfrist wird eingehalten.

Nach einer Mitteilung der Reichswehrmengenverwaltung sind bisher die Orte Duppeln, Alzen, Frankfurt a. M., Höchst, Dersheim, Jhr, Tüftsmühle, Birkenfeld, Kirm, Bingen und Worms von Besatzungstruppen, Gendarmen und Sicherheitspolizei frei geworden.

Die Räumung von Mainz und Mainz.

Gemäß einem Divisionsbefehl des Generals Manstein findet am Donnerstag in Landau noch einmal eine große Parade der noch anwesenden französischen Besatzungstruppen statt. Anschließend werden die Truppen nach Frankreich verladen. General Manstein wird am gleichen Tage dem Wäldermeier von Landau einen Abschiedsbesuch machen, um alsdann mit seinem Generalstab die Pfalz zu verlassen. Die städtische Festung, das Militärareal und ein Teil der bisher benutzten Kasernen werden bereits zurückgegeben. Der Generalstab der französischen Armee wird Mainz erst am 30. Juni verlassen.

Eine lange Kabinetts-Sitzung.

Finanzvorschläge der Deutschen Volkspartei. — Noch keine Beschlüsse.

Von einem unserer Berliner Vertreter wird uns gemeldet: Die Deutsche Volkspartei hat, bevor das Reichskabinett zu seiner Nachsitzung zusammentrat, Reichstanzler Dr. Brüning ein Schreiben überreicht, das im wesentlichen die Finanzvorschläge der Deutschen Volkspartei enthält. Im einzelnen werden darin Erparnisse und Ausgabenentlastungen in Höhe von etwa 260 Millionen RM., 125 Millionen RM. Abstriche an den Ausgaben des Etats und prozentige Herabsetzung der Länderüberweisungen verlangt. Der Vorschlag soll zum Ausgleich die Möglichkeit der Erhebung einer Bürgerabgabe gewährt werden. 100 Millionen sollen durch Verringerung der öffentlichen Betriebe herbeigebracht werden. Für die Arbeitslosenversicherung wird nach Durchführung der Reformen eine Erhöhung der Beiträge um 1/2 Prozent vorgeschlagen. Wenn dies nicht ausreicht, sollen im Herbst in einem Nachtragsgesetz neue Mittel angefordert werden, eventuell durch eine weitere Erhöhung der Beiträge um 1/2 Prozent. Eine Reihe weiterer von den Wirtschaftsverbänden schon vorgeschlagener Maßnahmen auf dem Gebiet der Steuererhebung und der Verwaltung soll etwa 80 Millionen RM. bringen. Die Erhöhung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung soll bis zum 31. März nächsten Jahres befristet werden. Die Deutsche Volkspartei richtet an die Reichsregierung die Aufforderung, auf eine allgemeine Senkung des Lohn- und Preisniveaus hinzuwirken, und zwar durch Aufhebung der Wirtschaft, Bekämpfung des Arbeitsmarktes und durch Senkung der Personalausgaben in Reich, Ländern und Gemeinden. Die Deutsche Volkspartei errechnet aus ihren Vorschlägen, daß sie dem Reich etwa 600 Millionen an Erparnissen und neuen Einnahmen sichern. In dem Schreiben wird ausdrücklich festgestellt, daß die Deutsche Volkspartei keinerlei Steuererhöhungen oder gar eine einseitige Belastung einzelner Volksschichten mitmachen könne, solange die von ihr ausgehenden Möglichkeiten zur Erleichterung anderer Einnahmen und zur Durchführung energischer Erparnisse nicht befristet seien. Die Wirtschaftspartei hat ihren Führer Justizminister Dr. Brüning telegraphisch nach Berlin berufen, damit er die Auffassung der Partei im Kabinett vertritt, wonach man die 100 Millionen Erparnisse, die Dietrich vorschlägt, bei einem Etat von 11 Milliarden als völlig unzureichend betrachtet und daß man sich jeder neuen steuerlichen Belastung widersetzen werde. Es wird Forderung der Arbeitsmoral und Einführung der Arbeitsdienstpflicht verlangt.

Das Zentrum hat in seiner Sitzung den anwesenden Reichstanzler Dr. Brüning ermuntert, gegenüber der Deutschen Volkspartei festzulegen und sein Programm durchzuführen mit oder ohne die Deutsche Volkspartei. An Stelle der Deutschen Volkspartei müßte eben Artikel 48 treten.

Am 20. Uhr veranlassen sich die in Berlin anwesenden Kabinettsmitglieder, um das neue Finanzprogramm zu formulieren. Die Sitzung zog sich Stunde um Stunde hin. Die Vorschläge Dietrichs fanden keineswegs den ungeteilten Beifall der bisherigen Kabinettsmitglieder. Reichsernährungsminister Siegel voll bezieht in der Vornachmittagssitzung des Reichskabinetts starke Bedenken gegen die Vorschläge Dietrichs erhoben. Gegen 11 Uhr wurden die Beratungen abgebrochen und auf Mittwoch nachmittag verlagert. In der offiziellen Mitteilung wird nur erklärt, daß sich der Reichstanzler nach dem Mittwochabend zu fassen den Beschluß am Donnerstag früh zum Reichspräsidenten

Unterredung Briand-Guillaumet.

Außenminister Briand hatte eine Unterredung mit dem Oberkommandierenden der Besatzungstruppen im Rheinland, General Guillaumet. Er soll dem „Paris Echo“ zufolge dem Außenminister bestätigt haben, daß die Räumung, wie vorgesehen, zum 30. Juni beendet sein werde.

Die Post gibt Aufträge.

Bedingungen: Preisabbau u. Einstellung v. Arbeitern.

Die Deutsche Reichspost will im Rahmen der Postgesetze demnach umfangreiche Stellenentlassungen über das eintägig vorgegebene Programm hinaus an die in Frage kommenden Industriezweige erteilen.

Von besonderem Interesse ist dabei die Tatsache, daß der Reichspostminister für die Auftragserteilung gewisse Bedingungen an die Lieferindustrien (Telephon-, Telegraphen-, Kabel-, Wagnon-, Kraftfahrzeug- und Wagnonindustrie) gestellt hat. Im Rahmen der Lohn- und Preissteigerungsfaktoren sollen sich die Lieferfirmen einmal dazu bereit erklären, einen Preisnachlass im Ausmaß von durchschnittlich zehn Prozent vorzunehmen. Ferner sollen sie sich verpflichten, auf Grund der Sonderbestellungen Arbeiter einzustellen.

Religionslose Sammelklassen an Schulen.

Deutschnationale Klage v. Staatsgerichtshof abgewiesen.

Von dem Staatsgerichtshof fand die Verhandlung eines verfassungsrechtlichen Streitfalls zwischen der deutschnationalen Fraktion im Preussischen Landtag und dem Lande Preußen um die Verfassungsmäßigkeit des Erlasses des preussischen Kultusministeriums, der die

nach Neudeck begeben und ihm Bericht erteilen wird, worauf das Reichskabinett nach Rückkehr des Kanzlers am Freitag seine Entscheidung bekannt geben wird. Die Lage hat sich weiter verschärft, und die Wälder erörtern bereits die Frage nicht nur eines endgültigen Austritts der Deutschen Volkspartei aus der Regierung, sondern auch die Frage der Durchföhrung des Kabinettsbeschlusses auf Grund eines Ermächtigungsgesetzes.

Verhandlungen über ein Kompromiß.

Allgemein war Dienstagabend erwartet worden, daß das Reichskabinett in seiner Nachsitzung, die sie bis gegen 1 Uhr erstreckte, zu Beschlüssen kommen würde, durch die die politische Lage nach der einen oder anderen Seite geklärt würde. Das Kabinett ist aber noch nicht über die allgemeine Ausprägung hinweggekommen, die das Ziel hat, ein Kompromiß zwischen dem Programm des Ministers Dietrich und den Forderungen der Deutschen Volkspartei herbeizuföhren. Da eine feste Entscheidung fehlt, daß in den Vorschlägen der Reichstanzler dem Reichspräsidenten unterbreitet wird, auch die Ernennung Dietrichs zum Reichsfinanzminister zählen wird. Der sachliche Einklang zwischen den Auffassungen der Parteien muß jedoch noch gefunden werden. Eine Parteiführerbesprechung bei der Kanzler nicht in Aussicht genommen. Dagegen ist wohl anzunehmen, daß bis zur Kabinettsitzung am Mittwoch nochmals mit der Deutschen Volkspartei Verhandlungen geführt werden, um die Möglichkeit einer Verständigung weiter zu überprüfen. Einzelheiten über den sachlichen Inhalt der Kompromißmöglichkeiten werden naturgemäß geheim gehalten, um den Fortschritt der Verhandlungen nicht zu föhren und zusätzlich den Reichspräsidenten zu unterrichten, ehe sie der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden.

Streichungen am Etat des Auswärtigen Amtes.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages nahm eine Reihe erheblicher Streichungen an dem Etat des Auswärtigen Amtes vor. Zunächst wurden die drei neuen Postämterstellen in Rio de Janeiro, Santiago und Buenos Aires gegen die Stimmen der Demokraten und der Deutschen Volkspartei gestrichen. Ein Antrag, auch den Postämterposten beim Heiligen Stuhl zu streichen, wurde abgelehnt. Im Beschlussesplan des Auswärtigen Amtes wurden rund 2½ Millionen RM. an Auslandsausgaben gestrichen. Bei den veranschlagten Verwaltungsausgaben für die Vertretung des Reichs im Ausland wurden rund eine halbe Million RM. gestrichen. Der Vollen für die Gesandtschaft in Triana wurde ebenfalls gestrichen. Es soll in Triana lediglich ein Konsulat errichtet werden.

Aus dem Finanzprogramm Dietrichs.

Im Reichstag spricht man davon, daß das Notopfer in seiner bisherigen Form nicht mehr in Frage komme. Von den Beamten solle zwar ein Notopfer erhoben werden, aber auch nur in einer Steigerung nach der Höhe des Einkommens. Hierzu soll dann für die übrigen Kreise ein 10prozentiger Zuschlag auf Einkommensteuer treten, d. i. also ein Prozent des steuerpflichtigen Einkommens; die Bezieher dieser Einkommen. Außerdem verpflichtet man den Besatzen einer Verzehrkarte, wie sie in anderen Ländern ja schon bereits seit langem besteht. Sie würde sich durch einen Zuschlag auf das erstreckten, was in Restaurants usw. verkauft wird. Vor allem aber besteht die Pflicht, stärkere Streichungen am Etat vorzunehmen, um schon jetzt das Defizit zu vermindern.

Zusammenschaffung von nicht am Religionsunterricht teilnehmenden Kindern in Sammelklassen normiert. Die Landtagsfraktion beantragte, festzustellen, daß der Erlass mit der Reichsverfassung und dem preussischen Staatsrecht nicht vereinbar sei. Das Land Preußen machte geltend, daß die durch den Erlass getroffene Neuregelung durch Artikel 149 der Reichsverfassung, durch den die Erstellung des Religionsunterrichtes in das freie Belieben der Lehrer und die Teilnahme der Kinder am Religionsunterricht in das Belieben der erziehungsrechtlichen Personen gestellt wird, gestützt sei. Der Staatsgerichtshof hat alle Anträge der Landtagsfraktion zurückgewiesen.

Die Arbeitslosigkeit in England.

Starke Zunahme.

Die Zahl der Erwerbslosen in England hat sich in den letzten 14 Tagen um nicht weniger als 110 193 erhöht. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen beträgt sich auf 1 885 800. Die enorme Steigerung während der letzten zwei Wochen wird in der Hauptsache darauf zurückgeführt, daß in Lancashire und Yorkshire aus Anlaß der Pfingstfeiertage in vielen Betrieben die Arbeit für längere Zeit eingestellt worden ist.

Streikunruhen in Sevilla.

Nach Meldungen aus Sevilla nimmt der Generalstreik revolutionären Charakter an. Auto- und Werksdruckschiffe sowie die meisten Straßenbahnen verkehren nicht. Mehrere Straßenbahnführer, die von der Menge angegriffen wurden, wurden überfallen. Zwei Notortadler führten in einer der Straßenszenen mit

Das Drama von Niedermörlrich.

Der Staatsanwalt läßt die Anklage auf Mord fallen. — Wilhelm Wille erhält wegen Totschlags 3 Jahre Gefängnis.

Der lange erwartete Prozeß gegen den 22 Jahre alten Polizeiwachmeister Wilhelm Wille aus Frankfurt am Main begann gestern vormittag vor dem Kasseler Schörrichter.

Bevor das Gericht erscheint, wird der Angeklagte in den Saal geführt, ein großer, schlanker, sympathisch wirkender Mensch, der seinen Verteidiger, Justizrat Dr. Heußner, mit Handschlag begrüßt.

Landgerichtsdirektor Bachmann eröffnet sofort die Sitzung. Beim Aufruf melden sich 17 Zeugen, sechs Ärzte sind als Sachverständige anwesend. Die Anklage wird vertreten vom ersten Staatsanwalt Ludwig. Der Eröffnungsbeschluss lautet auf Mord, vorsätzliche Tötung mit Ueberlegung, § 211 St.G.B., an dem Weißbinder Johannes Klaus aus Niedermörlrich.

Die Aussagen Willes.

Nach Feststellung der Personalien hat der Angeklagte Wille sich über die Anklage zu äußern. Er spricht mit halblauter, ruhiger Stimme:

„Geboren bin ich in Frankfurt am Main, wo mein Vater bei der Kriminalpolizei war. Dann kam er zur Landjägererei und wurde nach Niedermörlrich versetzt. Schon von Kindheit habe ich mit großer Liebe und Unhänglichkeit an meinem Vater gebunden. An dem verhängnisvollen Tage war ich noch in Stellung in Felsberg und kam erst abends nach Niedermörlrich zurück. Die Tochter des Klaus kam zu meinem Vater, um ihn zur Beilegung der Streitigkeiten im Hause zu holen. Anfanglich weigerte sich mein Vater, sie sollten ihren Streit selbst amachen. Dann kam das Mädchen noch einmal: „Der Heinrich habe ein Gewehr.“

Da ging mein Vater mit. Vor der verschlossenen Haustüre redete mein Vater den Heinrich an, sich doch ruhig zu verhalten. Ich sah, wie Heinrich Klaus von oben auf meinen Vater schob. Was dann geschah, weiß ich nicht mehr. Später wurde mir erzählt, daß ich bei verhassten Familien war, und daß mein Vater drei Stunden vor der Haustüre liegen mußte, weil Klaus immer aus den Fenstern schob.

Drei Wochen nach der Tat kam ich auf die Polizeischule nach Münden.

Ich muß erklären, daß ich immer den Voratz hatte, den alten Klaus zu erschlagen. Der alte Klaus hat die größte Schuld an dem Tod meines Vaters.

Der Vorsitzende veranlaßt den Angeklagten sich näher darüber auszulasen:

Der Angeklagte: „Dem alten Klaus war bekannt, daß sein Sohn Waffen hatte und daß er krank, das heißt nicht ganz normal im Kopf sei. Nachher sei auch ein ganzer Eimer voll Munition im Hause Klaus gefunden worden. Der alte Klaus habe sich selbst immer geweigert, die Waffen herzugeben, weil er sie behalten wollte.“

Der Vorsitzende: „Erläutern Sie einmal des näheren den Gedanken, den alten Klaus erschlagen zu wollen. Haben Sie sich nie mit jemandem darüber ausgesprochen?“

Der Angeklagte: „Ich habe vom ersten Tage an den Gedanken mit mir herumgetragen. Das war ein Fehler, daß ich mit niemandem mich ausgesprochen habe. Ich dachte an meine schwer leidende Mutter und an meinen Verzug und wollte dann den Gedanken ausgeben. Wenn ich aber wieder an Klaus dachte, dann hand nur eines vor mir, ihn zu töten. So schwante ich ihn und her. Die Weihnachtsfeier waren in unserer Familie immer sehr stimmungsvoll gewesen. 1929 war ich an Weihnachten zum ersten Mal allein. Da stand der Gedanke an Klaus unso lebhafter vor mir. Am 3. Jan. verließ ich die Polizeistation. Ich wollte nach Niedermörlrich fahren. Als ich den Schalterbeamten sah, verlangte ich eine Karte nach Mainz. Ich fuhr weiter nach Koblenz, nach Trier, besuchte die Schwester meines Vaters im Westerwald, traf Leute im Zug, die mich einluden. Dann fuhr ich nach Köln und nach Kassel, wo ich morgens um 6 Uhr eintraf. Am Abend fuhr ich nach Wabern und begab mich mit einigen jungen Leuten nach Niedermörlrich, die mich am Dorfeingang verließen.“

Ich kam vor das Haus des Klaus. Die Pistole hatte ich schußbereit in der rechten Manteltasche. Ich sah von außen, daß der alte Klaus in der Wohnung war. Ich hatte die Absicht, jeden Klaus, der mir entgegenkam, zu erschlagen. Im Hause traf ich den jungen Klaus, der mir doch zu jung war, um ihn zu erschlagen. In der Stube fragte ich nach dem alten Klaus, er solle mit zum Bürgermeister kommen, um etwas zu unterschreiben. Dann kam, durch die Türschwelle aufmerksam gemacht, der alte Klaus in den Stübchen — Mit der gleich unbewegten halblauten Stimme erzählt der Angeklagte den Augenblick der Tat: „Ich zog die Pistole und schob auf den Klaus. Ich wollte ihn so treffen, daß er tot war, ich zielte auf die Brust, auf das Herz. Nach dem ersten Schuß schwante Klaus. Ich schob noch einmal, ohne zu zielen. Dann schrie ich die Pistole, steckte sie in die Tasche und verließ das Haus.“

Der Vorsitzende: „Sie sollen auch etwas gesagt haben, als Sie den alten Klaus sahen.“

Der Angeklagte: „Ich glaube mich zu erinnern, gesagt zu haben: Wir rechnen jetzt miteinander ab!“

Der Vorsitzende: „Erzählen Sie weiter.“

Der Angeklagte: „Ich verließ das Haus und ging zu Wenderoths, wo meine Eltern früher gewohnt hatten. Er erzählte Wenderoth und seiner Frau, daß ich mit Klaus abgerechnet habe. Ich sagte weiter, daß ich mich jetzt selbst erschlagen wollte. Wenderoth meinte aber, ich solle lieber mich dem Oberlandjäger stellen. Ich bekam von Frau Wenderoth eine Tasse Kaffee.“

Der Vorsitzende: „Sie sollen auch etwas gesagt haben, als Sie den alten Klaus sahen.“

Der Angeklagte: „Ich glaube mich zu erinnern, gesagt zu haben: Wir rechnen jetzt miteinander ab!“

Der Vorsitzende: „Erzählen Sie weiter.“

Der Angeklagte: „Ich verließ das Haus und ging zu Wenderoths, wo meine Eltern früher gewohnt hatten. Er erzählte Wenderoth und seiner Frau, daß ich mit Klaus abgerechnet habe. Ich sagte weiter, daß ich mich jetzt selbst erschlagen wollte. Wenderoth meinte aber, ich solle lieber mich dem Oberlandjäger stellen. Ich bekam von Frau Wenderoth eine Tasse Kaffee.“

Nach einer halben Stunde ging ich weg. Der Gedanke, zur Fremdenlegion zu fliehen, kam mir gar nicht mehr. Ich ging nach Genjungen zum Oberlandjäger Mayer. Ich legte die Pistole auf den Schreibtisch. Und da zwei Motorradfahrer erzählten hatten, daß die Straßen abgesperrt seien, rief ich selbst den Bürgermeister Gunkel in Niedermörlrich an, daß ich bereits beim Oberlandjäger sei, man möge das Suchen aufgeben. Nach der Vernehmung durch den Amtsrichter von Felsberg wurde ich nach Kassel gebracht.“

Der Vorsitzende veranlaßt eine Äußerung über seinen Gemütszustand nach der Tat.

Der Angeklagte: „Ich empfand nach der Tat eine tolle Ruhe. Ich dachte, daß das Geschehene nach dem Gesetz nicht richtig sein könne, von meinem Standpunkt war es aber richtig. Ich sagte mir, wenn Klaus jetzt nicht tot sei, dann müßte er später daran glauben. Ich befürchtete, daß Klaus noch nicht tot sei und alles umsonst gewesen sei.“

Der Vorsitzende: „Wann hatten Sie das Gefühl der Ruhe, von dem Sie sprachen?“

Der Angeklagte: „Das hatte ich erst, als ich hörte, daß Klaus tot sei.“

Nach Erörterungen einiger Nebensächlichkeiten ist die Vernehmung Willes in einer knappen Stunde beendet.

Die Zeugenvernehmung.

Die Zeugenvernehmung beginnt sofort. Kaufmann Levy aus Wabern bekundet, daß der Angeklagte über drei Jahre in seinem Geschäft tätig war. Er könne ihm nur ein sehr gutes Zeugnis ausstellen, er war ein braver, gewissenhafter, immer pfllichtstreuer Mann gewesen, doch etwas verträumt und schwermütig.

Bürgermeister Gunkel aus Niedermörlrich schildert sehr ausführlich die Vorgänge am 5. September 1927. Er habe den Vater Wille noch gewarnt, er solle wegbrechen, sich nicht in die Familienstreitigkeiten der Klaus einmischen. Da aber Dora Klaus zum dritten Mal gekommen war und gesagt habe, daß Heinrich Klaus jetzt ein Gewehr in der Hand habe, habe Wille es für seine Pflicht gehalten, einzugreifen. Der junge Wille sei fünf Schritte hinter seinem Vater hergegangen. Er habe mit angefahren, wie der verhängnisvolle Schuß fiel. Die Erregung des jungen Wille sei geradezu unbeschreiblich gewesen. Von mehreren Männern mußte er festgehalten werden. Er wollte sich immer auf den alten Klaus stützen, der sei allein schuldig. Das habe er immer wiederholt, es sei nicht möglich gewesen ihn zu beruhigen.

Landwirt Siegner aus Niedermörlrich bekundet in sehr anschaulicher Weise, wie im einzelnen die Vorgänge waren, und wie der junge Wille tobte, nachdem sein Vater erschossen war.

Lehrer Both: „Ich traf den jungen Wille nach dem Tode seines Vaters. Ich kannte ihn nicht mehr, den stillen jungen Menschen, so sehr hatte die Aufregung ihn verändert.“

Polizei-Hauptmann Steinhäuser-Frankfurt a. M.: „Wille war ein Durchschnittsbeamter, recht eifrig im Dienst, er sei nie aufgefallen. Als Mensch war er höflich und zuvorkommend. Bei den Straßennrunden in Frankfurt geriet Wille immer in Erregung und Wut, das ist mir aufgefallen. Ich mußte dabei jedesmal an die Erschießung meines Vaters denken. Ich kannte die Begebenheit, gesprochen habe ich nicht mit ihm. Er wäre bei den Unruhen sicher über das Ziel hinausgegangen, wenn nicht die Hand der Führer ihn zurückgehalten hätte.“

Durch die Vernehmung der Frau Scheller aus Niederrad erfährt man interessante Einzelheiten über das Privatleben Willes in Frankfurt. Frau Scheller erzählt: „Im vorigen Jahre kam Wille in meine Familie. Da ich dachte, er habe es auf meine älteste Tochter abgesehen, machte ich ihn darauf aufmerksam, daß sie erst 15 Jahre alt sei, daß also ein Liebesverhältnis nicht angeknüpft werden dürfe. Meine Kinder hatten ihn sehr gern; er kam immer wieder. Eines Abends erzählte er den tragischen Tod seines Vaters. Er habe mit seiner Mutter Schweres mitgemacht, er dürfe nicht daran denken. „Etwas fiel mir auf. Er konnte nie den Weg nach Hause finden. Ich wagte ihm nicht zu sagen, daß er nicht so lange bleiben dürfe. Einmal habe ich ihn doch darauf aufmerksam gemacht, daß er Rücksicht auf meine Tochter nehmen solle. Er hat dann versprochen, zwischen 10 und 1/2 Uhr wegzugehen. Er ist auch tatsächlich aufgefunden und hat gesagt: Ich muß jetzt gehen, ich muß jetzt gehen. Er ging aber doch nicht, noch zwei Stunden standen wir herum. Als das Weihnachtsfest vor der Tür stand, habe ich ihn eingeladen, zu uns zu kommen. Er hat zwar zunächst gesagt, für ihn gebe es kein Weihnachtsfest mehr, worauf ich erwiderte, er müsse das Vergangene endlich ruhen lassen. Trotz der Einladung ließ er die ganze Weihnachtszeit über nichts von sich hören, auch am Neujahrstage nicht; dann hörte ich von einem Bekannten, daß er auf rätselhafte Art aus der Kaserne verschwunden sei. Von seinen Eltern hat er immer mit großer Liebe und Unhänglichkeit gesprochen. Bei jeder Gelegenheit zeigte er ihre Bilder. Den Kindern erzählte er Tiergeschichten, und daran habe ich besonders gemerkt, daß er ein gutes Gemüt besaß. Manchmal aber hat er dageessen und hat kein Wort gesagt. Daß er so bedrückt war führte ich darauf zurück, daß er nicht schlief. Deshalb ging er auch nie rechtzeitig fort.“

Nunmehr werden die Angehörigen des erschossenen Klaus vernommen. Zuerst der 20jährige Hans Klaus, der in der Küche war, als Wille das Haus betrat. Auf ein Klopfen sei er in die Stube gegangen. Wille habe nach dem Vater verlangt. Die Mutter habe gesagt, er

solle mal nach dem Vater gucken. Der Vater sei dann in die Tür getreten, zwei Schüsse seien gefallen, er sei mit der Mutter und Schwester zum rückwärtigen Fenster hinaus gestürzt. Seinen Vater habe er nicht mehr gesehen.

Frau Klaus läßt sich näher über das Verhältnis aus, das zwischen ihr und ihrem Stiefsohn Heinrich und zwischen diesem und der ganzen Familie bestanden habe.

Die Tochter Dora Klaus will die ganze Familie in Schutz nehmen, indem sie bestritt, daß sie etwas von einem Gewehr gewußt habe, und glauben machen will, es sei immer alles einträchtig gewesen.

Nach den verhängnisvollen Schüssen war Wille zu dem Landwirt Justus Wenderoth gelaufen, bei dem seine Eltern früher gewohnt hatten. Wenderoth schildert, wie Wille nach der Tat bei ihm zur Tür hereinkam, bleich, mit verzerrtem Gesicht und zitternden Händen. Unter einem Vorwand habe er, Wenderoth, die Frauen aus der Küche hinausgeschickt, worauf Wille gesagt habe, er habe jetzt mit Klaus abgerechnet. Er habe ihm den guten Rat gegeben, sich sofort dem Landjäger zu stellen und nicht noch Dummheiten zu machen. Frau Wenderoth macht ungefähr die gleichen Angaben, meint aber dazu, daß sie selbst so verstört gewesen sei, daß sie gar nichts gefragt habe: sie habe ihm Essen gegeben, der Kaffee war ihm zu heiß, weshalb Wille Wasser aus der Leitung hineingelaufen ließ. Essen habe er nichts können, da seine Hände so schrecklich zitterten. Das Verhältnis Willes zu seinem Vater sei immer sehr herzlich gewesen.

Die Frau des Oberlandjägers Meyer in Genjungen war diejenige, die als erste den Wille ins Haus gelassen hat. Sie habe verlangt, daß er seine Waffe ablege, ehe er das Haus betrete. Ohne weiteres habe er das getan; im Wohnzimmer setzte er sich auf einen Stuhl und weinte. „Ich streichelte ihn und nahm seinen Kopf in meine beiden Hände und sprach beruhigend auf ihn ein. Ich wußte, daß das kommen werde. Nach dem Anruf in Niedermörlrich ist mein Mann zurückgekommen. Wille fiel ihm um den Hals, mein Mann sagte zu ihm: Du bist ein guter Junge, du bist nicht schlecht; was du getan hast, dafür kannst du nichts.“ Auf eine Frage des Vorsitzenden erwidert die Zeugin, daß sie immer gedacht habe, daß sich so etwas ereignen werde. Ein unbestimmtes Gefühl habe ihr das gesagt.

Damit war die Vernehmung zu Ende. Es folgt eine kurze Mittagspause.

Das ärztliche Gutachten.

Prof. Dr. Jahrmärker, Marburg, erstattete das psychiatrische Gutachten. In der bei dem Sachverständigen bekanntest ausgezeichneten Form weiß er alle die Momente herauszustellen, die den Angeklagten in einem besonderen Maße erscheinen lassen. Wie er an einer, wie die Psychiatrie es nennt, „überwertigen Idee“ leidet, die ihn zu Handlungen bringt, die andere Menschen nicht verstehen können. Gekennzeichnet durch die einzelnen Aussagen der Zeugen, habe das Ereignis vom 5. September 1927 darauf auf ihn eingewirkt, daß er ziellos umherirrte. Außerlich ruhig, innerlich von größter Unruhe erfüllt, war Wille darauf bedacht, nicht als der Schwache dazustehen. So stand er unter einem starken Affekt. Er könne nicht als unzurechnungsfähig angesehen werden, er sei aber, weil unter einem starken Affekt stehend, der auch zwei Jahre lang anhalten könne und ihm keine Ruhe lasse, wesentlich milder zu beurteilen. Hiermit ist die Beweisaufnahme abgeschlossen.

Die Plaidoyers.

Erster Staatsanwalt Ludwig erhält das Wort. In übersichtlicher Weise beleuchtet er das Ergebnis der Beweisaufnahme. Die Frage sei: Liegt eine mit Voratz und Ueberlegung begangene Tat, ein Mord vor? An Hand einiger Reichsgerichtsentscheidungen definiert der Staatsanwalt den Begriff „mit Ueberlegung“ und folgert, daß der Angeklagte einer affektbetonten Handlung verfiel und dann nicht mehr in der Lage war, eine Tat „mit Ueberlegung“ zu begehen.

Der Staatsanwalt läßt die Anklage auf Mord fallen: „Ich stelle den Antrag, den Angeklagten wegen Totschlags, nicht wegen Mordes zu verurteilen.“

Doch ist er unter diesem Gesichtspunkte für seine Tat voll verantwortlich, der Schutz des § 51 des Strafgesetzbuches komme ihm nicht zu gute. Doch läßt ihm mildernde Umstände zubilligen. Ich beantrage eine Gefängnisstrafe von vier Jahren mit Anrechnung der Untersuchungshaft.“

Justizrat Dr. Heußner begrüßt es zu Beginn seiner Rede, daß der Staatsanwalt in seiner vornehmen Berufsauffassung die Anklage wegen Mordes fallen ließ. Jetzt ringe nicht mehr der Staatsanwalt mit dem Verteidiger um den Kopf des Angeklagten, wie es notwendig wäre, wenn die Anklage auf Mord aufrecht erhalten würde. Es sei ein großer Fehler des 60 Jahre alten Strafgesetzes mit seinen Mißverständnissen, eine absolute Strafe hinzustellen und den Richter zu knebeln, damit auf die Todesstrafe erkannt werde. Im weiteren untersucht der Verteidiger eingehend die Gründe gegen die Annahme des Mordes und erläutert mit treffenden Ausführungen, weshalb Ueberlegung bei der Tat zu verneinen und Totschlag anzunehmen, ferner weshalb ihm mildernde Umstände zubilligen seien. Die Gefängnisstrafe möge aber möglichst niedrig bemessen werden. Besondere Milde möge dem Angeklagten, dem durch Mordhand sein höchstes Ideal geraubt wurde, entgegengebracht werden.

(Fortsetzung 4. Seite)

Das Urteil.

Nach nahezu einstündiger Beratung verkündete Landgerichtsdirektor Bachmann den Wahrspruch des Gerichts: **Der Angeklagte wird wegen Totschlag zu einer Gefängnisstrafe von 3 Jahren mit Anrechnung der Untersuchungshaft verurteilt. Er hat die Kosten des Verfahrens zu tragen.**

Das Gericht habe die Annahme eines Mordes mit Ueberlegung verneint; es habe die Ueberzeugung, daß er infolge der dauernden Seelenqualen in der entscheidenden Zeit einer genügenden Ueberlegung nicht mehr fähig war. Dagegen sei Totschlag mit Vorfall angenommen worden.

In allen Punkten trete das Gericht den Ausführungen des Sachverständigen Jahrmärker bei und billige dem Angeklagten mildernde Umstände zu. Bei Strafmaß sei berücksichtigt worden, daß die Liebe zu seinem Vater der Grund zur Tat war, andererseits habe er den Gedanken der Blutrache zur Ausführung gebracht.

Aus der Heimat

Spangenberg, den 26. Juni 1930
Stiebschläfer.

Der 27. Juni ist als Tag der „Stiebschläfer“ an einem der gefährlichsten Vorkämpfe des Sommers anzuwenden, denn bekanntlich will der Volkskaiser wissen, daß es sieben Wochen regnet, wenn an diesem Tage Petrus die Schleusen des Himmels öffnet. Da aber tatsächlich wissenschaftlichen Feststellungen diesen Volkskaiser in keiner Weise befähigen, so ist interessant, zu untersuchen, wieso diese Anschauung eine so allgemeine Verbreitung finden konnte, und man wird dabei zu dem Ergebnis kommen, daß oft auch dafür recht unzweifelhaft Urkunden vorhanden sind. Im Jahre 1654 verstarb der Bamberger Abt Maritus Knauer seinen berühmten „ewigen Kalender“, der jahrzehntelange als die einzige Quelle für die Wetterbestimmung galt. Er wurde darum von Christoph von Sellwisch bei der Abfassung seines sogenannten „Gundelbären Kalenders“ im Jahre 1701 benutzt, und auf diese Weise kamen alle irrtümlichen Anschauungen des „Ewigen Kalenders“ in das Werk Sellwischs, das sich bis in unsere Zeit einer weiteren Verbreitung erfreut und immer wieder neu benutzt wird. In diesen beiden alten Kalendern sind nun die „Stiebschläfer“ als Vorkämpfe ersten Ranges bezeichnet. Es ist anzunehmen, daß die gefährlichsten sieben Wochen Regen, durch den Namen „Stiebschläfer“ entstanden sind. Die Glückszahl sieben hat es dem alten Abt wohl angetan, und er hat daraufhin verfügt, daß auch der Regen sieben Wochen fällt. Dabei hat der Name der „Stiebschläfer“ nur mit den sieben Heiligen Maximilianus, Malchus, Eusebius, Johannes, Martinianus, Konstantin und Serapion etwas gemeinlich, denen er geweiht ist.

2 Liebenbachbad und Sportplatz haben sich herab verändert, daß jeden Besucher das Staunen überkommt. So bietet der vergrößerte alkoholfreie Wirtschaftsbetrieb für alle Erholungssuchende Platz und was zur Stärkung usw. nötig ist. Für die vielen Badenden, deren Zahl Sonntags überaus groß ist, ist mehr Sitzgelegenheit geschaffen und für die „Inlandhaltung des Bades“ ist auch gesorgt worden. Auch das Sonnen- und Luftbad wurde erweitert, sodaß auch hier alle ihre volle Befriedigung finden können. — Der Sportplatz verdient den Namen „Stadion“. Was noch vor einem halben Jahr für unmöglich gehalten wurde, ist zur Möglichkeit geworden. Durch Fußverlegung und Erdbearbeitung ist viel Platz gewonnen. Der Platz selbst ist eben gemacht und zur Ausübung aller Sportarten sind Vorrichtungen getroffen. Sogar die Zuschauer sollen auf ihre Kosten kommen. Für

Zum Heimatsfest fahren heraus!

Die sind Sitzgelegenheiten in reichem Maße geschaffen. Wenn auch die Arbeiten noch nicht restlos abgeklafft sind, z. B. bei den Laufbahnen, so kann man doch heute schon sagen: Jeder Benutzer des Sportplatzes findet volle Befriedigung. Wir sind den Vertretern der Stadt zu Dank verpflichtet.

Posaunenfest für Kirchhessen und Waldeck in Marburg a. V. Vom 13. bis 16. September soll in Marburg das 2. Posaunenfest für Kirchhessen und Waldeck stattfinden. Der Vorbereitungsausschuß hat seine Arbeit bereits aufgenommen. Der Magistrat der Stadt Marburg hat durch Oberbürgermeister Müller und Dr. Kester freundlicherweise seine Mithilfe bei der Vorbereitung zugesagt. Superintendent Landau, als Vertreter der Kirchengemeinden, brachte seine Freude darüber zum Ausdruck, daß das Fest in Marburg stattfindet, da es reiche Anregung für die Gemeinden verpricht. Das 1. Posaunenfest im September 1928 in Hersfeld steht noch in bester Erinnerung. 580 Posaunenbläser hatten davon Zeugnis abgelegt von dem Aufschwung, den die Posaunenchor in den letzten Jahren in Kirchhessen und Waldeck genommen haben. Die von dem Posaunendienst des Kirchhessischen Landesverbandes evangelischer Jungmännervereine getragenen Schulungsarbeiten durch Bezirksabteilungsstellen, Schulungswochen und Posaunenlehrgänge, werden in Marburg weitere Fortschritte aufzuweisen haben. Es werden 1000 Posaunenbläser erwartet. Der Altmeister der Posaunenbläser, Posaunengeneral D. Rühlo, hat selbst die musikalische Leitung übernommen. Die Ordnung liegt in großen Zügen fest. Für die Offenlichkeit ist am Sonntag, den 14. September um 10 Uhr ein Festgottesdienst, den Bundeswart Pastor Juhl halten wird, um 11½ Uhr Blasmusik an der Reichshochschule, 14½ Uhr eine Feier im Schloßparktheater, 20 Uhr eine musikalische Feierstunde in der Marienkirche, ausgeführt vom Musikorchester, vorgesehen. Besondere Veranstaltungen für Dirigenten und Bläser fügen sich ein.

as. Krankheiten und Feinde unserer beerfräucher. Amerikanischer Stachelbeerblätter, die gelben Stachelbeerblätter und die Spinnweben zu den gefährlichsten Schädlingen der Stachelbeerfräucher. Im Anfangsstadium mit diesen Mitteln bekämpft, lassen sich die Blätter meistens heben. In späteren Stadien der Befallung aber muß er häufig seine Nachlässigkeit mit dem obigen Luft der Sträucher bezahlen. Der amerikanische Stachelbeerblatt, der mit Recht als Stachelbeerpest bezeichnet wird, überzieht Blätter, Früchte und junge Triebe mit einem dichten, braunen, süßigen Überzug. Die Blätter bleiben klein und sind oft ungenießbar. Die jungen Triebe verdorren, fallen ab, und die jungen Blätter verdorren. Die geschwächten Sträucher verlieren die Blätter. Die Blätter der Stachelbeeren sind eine geringe Größe und gehen unter Umständen in einem Falle ein. Die Larven der gelben Stachelbeeren, deren erste Generation meist schon Ende April oder zweite spätestens im August erscheint, rufen einen genug völligen Kahlfraß hervor. Wenn auch meistens Sträucher nach der ersten Entblätterung wieder ausblühen, so gibt ihnen der zweite Kahlfraß in der Regel den Rest. Weniger in die Augen springend ist das Verhalten der roten Spinnweben. Die winzigen, roten, oder grünlich gefärbten Milben sitzen in Massen auf der Unterseite der Blätter, wo sie die Oberhaut anknagend dann mit ihren Saugborsten den Saft aus den Zellen auszusaugen. Ihre gelblichen Eier sind mit dünnen Spinnfäden überzogen, weshalb man die Tierchen auch als Spinnmilben bezeichnet. Bei starkem Befall werden durch den dauernden Saftentzug verfarbte Blätter schließlich dürr und fallen schließlich vorzeitig ab. Bei mäßigem Befall der Sträucher kann die Blage oft genug durch völlige Absterben der Sträucher zur Folge haben. Bei drei Schädlingen lassen sich mit dem bekannten Schädling präparat Solbar schnell und restlos bekämpfen. Man braucht nur beim ersten Auftreten mit einer 10/1000er Lösung zu spritzen. Dazu kommt noch gegen den amerikanischen Stachelbeerblatt eine Winterpräparation einer 3/1000er Solbarlösung. Sofern man außerdem auch der Spinnweben, die alle Winterinfektionsstelle restlos zerstört, die kranken Zweige herauskneidet und verbrennt, wird man diese oft geradezu verheerend auftretende Schädling mit vollem Erfolg bekämpfen. Gesunde Sträucher und reiche Ernten sind der Lohn für eine kleine Mühe und eine einmalige Ausgabe.

× **Elbersdorf.** Welche Vorsicht beim Windsturm getroffen werden muß, lehrt ein Unfall, der sich am Dienstagabend zutrug. Das Kind P. S. von hier stand während des furchtbaren Sturmes am Hauseingang. Durch die zuschlagende Tür wurde das Kind auf die Straße geschleudert, wodurch es sich große Wunden am Kopf zuzog. Der Arzt mußte sofort in Anspruch genommen werden.

Manche freie Stunde verschafft Ihnen!



Wenn Sie zum Geschirrspülen, zum Aufwaschen und Reinigen nehmen, haben Sie es viel leichter und sind viel schneller fertig. IMI rückt allem Schmutz und Fett energisch zu Leibe. Messer, Gabeln und Löffel, Teller und Schüsseln, Töpfe und Pfannen, kurz alles Geschirr säubert IMI im Augenblick.

Auch beim Putzen von Steinfliesen, Wandsockeln, Bädern und Spülbecken bewährt sich IMI vortrefflich.

IMI spart Ihnen soviel Mühe und Arbeit, daß es rückständig wäre, es nicht zu benutzen. Es kostet doch nur 25 Pfennige und ist außerordentlich ergiebig.

Henkels Aufwasch-Spül- und Reinigungsmittel
für Haus- und Küchengerät aller Art
Hergestellt in den Persilwerken

Zum Feste:

Feinster Einheitskaffee

sowie mein bekannter

Schloßkaffee

H. Mohr, Spangenberg.

Statt Karten.

Für die vielen Beweise freundlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres herzlichsten

Hildens

möchten wir auf diesem Wege aufrichtig danken. Herzlichen Dank sagen wir besonders Herrn Pfarrer Böhmert für seine gütigen Worte und Schwester Fernwig, die Hildens während seiner langen Leidenszeit liebevoll gepflegt hat.

Spangenberg, den 26. Juni 1930.

Familie Schanze.

Krieger-Verein.

Auf das am Sonntag, den 29. Juni in Guxhagen stattfindende

Kreiskriegerverbandsfest

wird nochmals hingewiesen.

Es ist Pflicht, daß sich alle Kameraden vollständig beteiligen. Freie Fahrt hin und zurück.

Abfahrt pünktlich 11½ Uhr vor der Gastwirtschaft „Zur Traube“.

Der Vorstand.

West die Weltmarke

führend in:

Konservengläsern, Gummiringen, Sterilisier-Apparaten und Saftgewinnern

H. Mohr, Spangenberg.

Liebenbachbad.

Das Liebenbachbad ist am Sonntag, den 29. Juni, von 12 Uhr ab wegen dem stattfindenden Heimatsfest geschlossen. Die Badelarten haben dann keine Tätigkeit.

Spangenberg, den 26. Juni 1930.

Der Magistrat, Stein.

Gemischter Chor „Liederkränzchen“

Donnerstagabend 29. Juni

letzte Probe bei Heinz

Ia. Fleischsalat

offert

H. Mohr.

Die Damen von Spangenberg
werden gebeten, sich Morgen Abend von 6 Uhr ab im Heinz Garten zum Girlandemachen zur Verfügung zu stellen, betr. Ausschmückung der Stadt zum Heimatsfest.

Im Interesse der guten Sache wird erwartet, daß alle Damen erscheinen.

Der Bürgermeister, Stein.